

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Gesundheitspolitik

Ursula Sassen zu TOP 27: Es ist Zeit zu handeln

Trotz Aufklärung, Anlaufstellen und Hilfssysteme ist in den letzten drei Jahren die Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen von etwa 2.000 auf 2.500 gestiegen. Auch in Schleswig-Holstein gab es nach Angaben des Robert-Koch-Instituts Berlin im Jahr 2005 56 neue Fälle, während in 2003 nur 27 Neuinfektionen registriert wurden.

In den Ballungsgebieten Kiel und Lübeck ist der Anteil der HIV-Neuinfizierten besonders hoch. Dies macht deutlich, dass wir den Umgang mit dieser Erkrankung überdenken und die Strukturen und Schwerpunkte insbesondere im Bereich Prävention neu ordnen müssen.

5 AIDS-Hilfevereine (in Kiel, Lübeck, Neumünster, Heide und auf Sylt) sowie eine AIDS-Beratungsstelle der Diakonie Flensburg werden von der Landesregierung gefördert.

Darüber hinaus bieten Selbsthilfegruppen Beratungen für HIV-Positive an.

Seit 2004 werden die vom Land geförderten Hilfeeinrichtungen einem standardisierten Dokumentationssystem (DOK-AIDS) unterzogen, das die Grundlage für eine jährliche Auswertung und vergleichende Analyse bildet.

Wir müssen unterscheiden zwischen den Personen, die Antworten auf Fragen rund um HIV und AIDS erhalten wollen und Präventionsveranstaltungen besuchen und jenen, die aufgrund ihrer Erkrankung an HIV/AIDS beraten und behandelt werden möchten.

Kiel nimmt mit einer Gesamtzahl der Kontakte von 1.488 die erste Stelle in Schleswig-Holstein ein, wobei die Anzahl der HIV/AIDS-infizierten Personen mit 134 beziffert werden, gefolgt von Lübeck mit 851 Kontakten und einer Zahl von 54 bekannten HIV/AIDS-Infizierten.

Die im Bericht dargestellte Tabelle macht deutlich, dass HIV/AIDS-Infizierte die professionellen – eher anonymen – Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten der Universitätskliniken Kiel und Lübeck in Anspruch nehmen.

Erstaunlich groß ist die Zahl der Ratsuchenden die offensichtlich nicht infiziert, aber Beratungsbedarf – möglicherweise aus Sorge um Angehörige – haben.

So sind z.B. für Neumünster 178 Personen „registriert“, von denen lediglich 16 mit HIV/AIDS infiziert sind, aber insgesamt zu 352 Kontakten in der Beratungsstelle geführt haben.

Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass zwischen Beratung, Aufklärung und Behandlung von AIDS-Patientinnen und –Patienten einerseits und dem Personenkreis um Infizierte oder Risikogruppen andererseits entschieden werden muss. Die Zahl der Beratungsfälle HIV-infizierter am UKSH in Kiel mit 330, in Lübeck mit 220 sowie am Westküstenklinikum Heide mit 25 beweisen, dass die AIDS-Hilfen an den Standorten der HIV-Ambulanzen besonders nachgefragt werden.

Es hat sich herausgestellt, dass z.B. in der HIV-Ambulanz Kiel nur ca. 40 % der dort behandelten Patienten aus der Landeshauptstadt selbst kommen. Es ist davon auszugehen, dass auch in Hamburg HIV-Erkrankte aus Schleswig-Holstein behandelt werden.

Der Bericht der Landesregierung zeigt, dass sich die Kontakte der an AIDS-Erkrankten zwar auf Therapie- und Beratungszentren konzentrieren, stellt aber auch klar heraus, dass wir die Präventionsarbeit überall im Land stärken und unterstützen müssen.

Der sich im Land Schleswig-Holstein bereits bewährte AIDS-Präventionsparcours ist ein gutes Vehikel, die HIV-Prävention in der allgemeinen Jugendarbeit voranzutreiben.

Ich begrüße die Anregung der Landesregierung, möglichst alle jungen Menschen einmal zu Beginn des sexuell aktiven Lebens mit entsprechenden Präventionsbotschaften zu erreichen. Das Robert-Koch-Institut nennt in seinem letzten Bericht eine Steigerungsrate von 13 % bei HIV-Neuinfektionen. Diese besorgniserregende Zahl hängt sicher auch mit einer gewissen Gleichgültigkeit zusammen, die sich im Laufe der Zeit entwickelt hat.

Lassen Sie uns gemeinsam mit allen Kooperationspartnern und den bewährten Netzwerken daran arbeiten, dass AIDS-Prävention Vorrang hat. Es ist Zeit zu handeln! Prävention rettet Leben und sichert Lebensqualität. Um Gesundheitsförderung erfolgreich zu etablieren, muss sich zumindest so etwas wie eine Präventionskultur entwickeln.

Wir alle, Politiker, Krankenkassen und Ärzte müssen daran arbeiten, dass den Bürgerinnen und Bürgern bewusst gemacht werden muss, dass sie für den Erhalt ihrer Gesundheit Eigenverantwortung übernehmen müssen. Dies gilt für alle Bereiche des Gesundheitswesens und würde eine große Entlastung der Kostenentwicklung mit sich bringen.